

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2001

68: Trau keinem?



Elmar Altvater
Joachim Bischoff
Hansgeorg Conert
Frank Deppe
Freerk Huisken
Oskar Negt
Peter von Oertzen
Norman Paech
Bodo Zeuner
Redaktion Sozialismus

Intellektuelle und Politik

Zur Geschichte eines prekären Verhältnisses

1.

Die gegenwärtige Debatte zielt wohl in erster Linie darauf ab, die Geschichte der Bundesrepublik von politischen Positionen und theoretischen Auffassungen zu bereinigen, die die bestehenden Verhältnisse einer radikalen Kritik unterziehen und in ihren Schlussfolgerungen über diese hinausweisen. Sie ist Bestandteil jener Tendenz zur Kriminalisierung der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, die schon die Abwicklung der DDR bestimmt hat – dabei gleichzeitig immer wieder Moment jenes Versuchs der Konservativen, mit der »Revanche für 68« zugleich die kriminelle Geschichte der herrschenden Klasse in Deutschland – nicht nur zwischen 1933 und 1945 – zu entlasten und damit zu normalisieren.

Die Gruppe um Fischer und Cohn-Bendit hat solche Tendenzen schon lange gefördert, seitdem sie ihre ultralinken Positionen der frühen 70er Jahre als totalitäre Verirrungen bezeichnet hat und die Bedeutung der 68er Bewegung vor allem darin sehen wollte, dass diese letztlich einen Modernisierungsschub für die politischen und sozialen Institutionen bewirkt habe und dass diese Bewegung – »List der Vernunft« hinter dem Rücken der handelnden Akteure – die Westbindung der Bundesrepublik vollendet, also eine Art demokratische »Neugründung« der BRD bewirkt habe.

Die linksradikalen Phrasendrescher, die ständig das Wort »Revolte« oder »Revolution« auf den Lippen führten (aber auch stets mit einem Auge nach der laufenden Kamera Ausschau hielten), haben einst der Linken unermesslichen Schaden zugefügt (darin hatte übrigens die KPF gegen Daniel Cohn-Bendit immer recht); heute – als Teil des Establishments – verteidigen sie sich, indem sie ein weiteres Mal jene Kritik der herrschenden Verhältnisse des Kapitalismus und Imperialismus verraten, die den wirklichen Geist und die Antriebskraft der 68er Bewegungen – der Jugend-, der Intellektuellen- und der Arbeiterbewegungen dieser Jahre – ausgemacht haben. Der Versuch ihrer Rettung durch Kulturalisierung endet unvermeidlich im Feuilletton der FAZ.

Es ist daher notwendig, den Charakter dieser Jahre etwas genauer zu beleuchten. Es handelt sich um eine Phase, in der sich das Ende des »Golden Age« ankündigte, um eine Phase zugespitzter sozialer und politischer Auseinandersetzungen – in der Dritten Welt, in den Metropolen des Kapitals und auch in Osteuropa (Prag 68). Die faschistischen Diktaturen im Süden Europas brachen im Ergebnis von Massenstreiks und Intellektuellenprotesten zusammen. Der Vietnam-Krieg, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, Kuba, revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika, speziell die Regierung der Unidad Popular und der faschistische Putsch unter Pinochet in Chile, aber auch die Kulturrevolution in China übten – in unterschiedlicher Weise – einen großen Einfluss auf die Intellektuellenbewegungen in Westeuropa aus.

Jede dieser Bewegungen war durch spezifische nationale Traditionen, politische Kulturen und Kräfteverhältnisse bestimmt – hierzulande vor allem durch die Nachwirkungen des Faschismus und durch die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR, d.h. auch durch die »Frontstaatenposition« der beiden deutschen Staaten (solches zu sagen bedeutete vor '68 freilich das Risiko, im Knast zu landen!) an der Grenze der Systemkonkurrenz. In einigen Ländern – so in Frankreich im Mai/Juni 68 – führte die Kombination von Intellektuellen-/Jugendbewegung und Generalstreikbewegung der Arbeiterschaft an den Rand einer revolutionären Situation. In Westeuropa – nicht nur in Italien – erlebten die sozialistischen und kommunistischen Parteien sowie die Gewerkschaften einen Aufschwung. Der »große Aufbruch« geriet freilich schnell an seine Grenzen, aber er zeigte doch – mit der sozialliberalen Koalition und ihrer Reformpolitik seit 1969 sowie mit der globalen »Kulturrevolution« – eine enorme Wirkung.

Wenn wir heute fragen, worin die 68er Bewegung gescheitert ist, dann ist der Hinweis auf das Scheitern ihrer revolutionären Aspirationen schon im Ansatz falsch; denn die Hoffnung auf eine Revolution in den Metropolen des Kapitals – gar noch nach dem Vorbild der Dritte-Welt-Revolutionen oder als Wiederauferstehung einer echten Rätedemokratie – war schon zu ihrer Zeit eine Fehleinschätzung, die das Scheitern dieser Bewegungen beschleunigte.

Aus heutiger Sicht wäre es Aufgabe der Linken in den frühen 70er Jahren gewesen, zusammen mit der radikalen Kritik überkommener Verhältnisse und Wertvorstellungen eine strategische Antwort auf die sich (seit Ende der 60er Jahre) abzeichnende Erosionskrise des Fordismus und die damit einhergehende Kapitaloffensive (»Neoliberalismus«) auf der einen und auf die mit dem Formationswandel verbundenen »neuen Fragen« (neben den klassischen, sozialen Fragen) auf der anderen Seite zu finden. Die tiefe

Niederlage der Linken (ebenfalls weltweit) war Ausdruck der Tatsache, dass die intellektuelle wie die politische und gewerkschaftliche Linke dieser historischen Aufgabe nicht gewachsen war. Hier liegt auch das große Versäumnis der 68er Bewegungen.

2.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre kam es zu einer doppelten Politisierung der Wissenschaft und ihrer Institutionen. Da war einerseits die Kritik der Inhalte – die Hochschulen waren Bastionen des Konservatismus. Die Forderung nach Reformen – unter Einschluss der Forderung nach der Anerkennung des Marxismus in den einzelnen Disziplinen – wurde nicht nur in der Bundesrepublik gestellt. Hier freilich bestand – etwa im Vergleich zu Frankreich und England – ein besonders großer Nachholbedarf. Gleichzeitig stand die Bewegung von 68 im Zeichen der Forderung nach »mehr Demokratie«. Dass gerade in der alten Ordinarienuniversität ein enormer Nachholbedarf bestand, war weithin anerkannt. In den Instituten hat – etwa um 1970/71 herum – die Auseinandersetzung um Institutsbeiräte und um die Mitbestimmungsrechte von Mitarbeitern und Studierenden eine zentrale Rolle gespielt.

Um dies exemplarisch zu beschreiben: Ich kam 1964 nach Marburg, um das Studium der Soziologie, das ich 1961 in Frankfurt aufgenommen hatte, bei Heinz Maus fortzusetzen. 1964 trat ich in den SDS ein, wurde 1964/65 Vorsitzender der Marburger Gruppe und war 1965-1967 Mitglied im SDS-Bundesvorstand. 1967/68 unternahmen wir – zusammen mit Abendroth und Teilen des SDS – den Versuch der Gründung einer Sozialistischen Partei. 1971 wurde ich auf Platz 1 für einen Berufungsvorschlag für eine H-4-Professor in der Politikwissenschaft nominiert. In dieser Zeit gab es um meine Berufung eine heftige – auch über die Universität hinausgreifende – Auseinandersetzung und eine studentische Kampagne (»Marx an die Uni – Deppe auf H 4«). Von derartigen Auseinandersetzungen können viele berichten.

3.

Ausgehend von der 68er Bewegung bildeten sich in verschiedenen Orten verschiedene politische Zentren heraus: die Frankfurter »Sponti-Szene«, die in der Debatte über die Biographie des Außenministers ins Zentrum gerückt ist; die maoistischen Zentren mit ihren Parteigründungen in Westberlin, Heidelberg; der KB Nord in Hamburg und Norddeutschland, der viele politische Talente – u.a. den heutigen Umweltminister Trittin – hervorbrachte.

Schon im SDS der Jahre 1966-68 vertraten die Marburger eine Position, die sich von den Berliner antiautoritären »Revolutionären«, aber auch von Teilen der Frankfurter Theoriefraktion deutlich unterschied – in den 70er Jahren wurden die Marburger dann zumeist als Reformisten und Sozialdemokraten beschimpft.

Marburg wurde in den 70er Jahren eine Hochburg der DKP und der so genannten »Politik der gewerkschaftlichen Orientierung« (GO-Politik), die von den studentischen Organisationen MSB-Spartakus und SHB vertreten wurden. Der MSB soll in den 70er Jahren ca. 600 Mitglieder in Marburg gehabt haben; die DKP erreichte bei Kommunalwahlen um die Mitte der 70er Jahre mehr als 10 Prozent.

Der größte Einfluss ging von Wolfgang Abendroth aus. Es waren vor allem zwei Lehren, die uns Abendroth immer wieder vermittelte: Der linke Intellektuelle muss erstens darauf achten, dass er sich am linken Flügel der real existierenden Arbeiterbewegung verortet – oder: dass er den Bezug zur Realität der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes sowie zu den wirklichen Lebens- und Kampfbedingungen der »Subalternen« nicht verliert. Zweitens hat Abendroth immer die Auffassung vertreten, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1917 eine Ursache ihrer Katastrophe im Jahre 1933 gewesen ist und dass unter den restaurativen Bedingungen der Bundesrepublik und des Kalten Krieges (in der der Antikommunismus Staatsreligion geworden war) die linken Intellektuellen für eine »Einheitsfront« eintreten müssen, die vom linken Flügel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, unabhängigen linkssozialistischen Kräften (denen Abendroth selbst sich zurechnete) bis zu den Kommunisten reicht. Drittens verband Abendroth mit solchen Überlegungen stets die große Hoffnung auf eine Erneuerung des Sozialismus – jenseits von Stalinismus und Reformismus. Ähnliche Vorstellungen hatte schon in den 30er Jahren nicht nur die Gruppe »Neu Beginnen« (der sich Abendroth zurechnete), sondern auch der Austromarxist Otto Bauer mit seiner Konzeption des »integralen Sozialismus« verbunden.

Abendroth hat selbstverständlich nicht alles für gut befunden, was sich in Marburg in den 70er Jahren ereignete. Er hat auch immer wieder klar gesehen, dass diejenigen, die z.B. in Gremien über Mehrheiten verfügen, dazu neigen, ihre Macht zu überschätzen, politische Fehlentscheidungen zu treffen und dabei zu dogmatischen Überzeichnungen neigen. Allerdings hat er sich immer dann, wenn Marburger Positionen denunziert und Berufsverbote praktiziert wurden (und das passierte ja reichlich in den 70er Jahren), sehr solidarisch verhalten. Abendroth war es übrigens auch zu verdanken, dass insbesondere die Hochschulpolitik in Marburg (einschließ-

lich der Berufungspolitik) im Unterschied zu anderen Hochschulen in diesen Jahren sehr klug und nüchtern – d.h. durch eine kluge Bündnispolitik – angelegt und deshalb relativ erfolgreich war.

4.

Um »Marburg« ranken sich natürlich viele Legenden – an prominentester Stelle die der Steuerung aus Berlin-Ost, der Agenten-Tätigkeit für die Stasi – siehe die Veröffentlichungen von Kraushaar, Stadt u.a. Allerdings war Abendroth KPO'ler – was das heißt hat seine Frau Lisa in ihrem Bericht über die Flucht aus der DDR/SBZ beschrieben (Sozialismus 2/1990). Abendroth bekannte sich zu Heinrich Brandler und August Thalheimer als seinen Lehrern. Daraus folgt, daß er zu Lenin – aber auch zu Trotzki – ein positives Verhältnis hatte, was ihn aber überhaupt nicht davon abhielt, Widersprüche und Fehler des Leninismus, vor allem des »Stalinismus«, zu kritisieren.

Selbstverständlich: Bei unserem Versuch der Gründung einer Sozialistischen Partei waren zunächst auch führende Kommunisten dabei. Das entsprach der Abendroth'schen Konzeption der Einheitsfront. Hinzu kam die Anerkennung von Antifaschisten, die die Emigration, die KZs und die Zuchthäuser überlebt hatten. Schließlich lernten wir über die gewerkschaftliche Arbeit viele Kommunisten kennen, die z.B. als Betriebsräte hervorragende Vertreter der Interessen ihrer Belegschaften waren. Das schloss überhaupt nicht aus, daß wir uns um viele Fragen gestritten haben – aber das änderte nichts an dem Respekt, den wir ihnen entgegenbrachten. Allerdings: Wie wir heute (aus den Archivmaterialien) wissen, haben sich Delegationen aus der DDR für uns SDS'ler weniger interessiert als für Liberale und Sozialdemokraten in Marburg. Sie hielten uns wahrscheinlich für linke Spinner. So erging es uns jedenfalls auch auf einer Delegationsreise des SDS-Bundesvorstandes in die Sowjetunion Ende 1967; dort wurden wir als »Maoisten« eingestuft und die Reise verlief relativ konfliktreich.

Die DDR war nicht das Zentrum unseres Denkens. In den 60er Jahren beschäftigte ich mich vor allem mit Dritte-Welt-Revolutionen – im Rahmen eines soziologischen Arbeitszusammenhangs (mit Kai Tjaden, Kurt Steinhaus und Dieter Boris). Das ökonomische, soziale, politische System der DDR interessierte mich lange Zeit überhaupt nicht. Die »Entdeckung« der DDR kam für viele im Grunde erst mit der Koexistenzpolitik unter Willy Brandt.

5.

Ein Hauptthema der Beschäftigung mit 68 ist natürlich das Verhältnis von Intellektuellen und Politik. Wie konnte es kommen, dass Intellektuelle in den politischen Auseinandersetzungen dazu neigen, ein zentrales Merkmal der Bestimmung des Intellektuellen, nämlich seine geistige Autonomie, allzu schnell zu »verraten« (wie es Julien Benda in den 20er Jahren im Blick auf Frankreich formulierte)? Eine wissenschaftliche Bearbeitung dieser Frage steht aus. Eine Hypothese wäre, dass Intellektuelle immer dann zum Anti-intellektualismus neigen, wenn sie sich einbilden, in der praktischen Politik, vor allem in unmittelbaren politischen Machtauseinandersetzungen, eine besonders wichtige Rolle zu spielen.

Anfang der 70er Jahre bildeten sich viele Intellektuellengruppen, die aus der 68er Bewegung hervorgegangen waren und sich nun in vielfältigen proletarischen Organisationen und so genannten K-Gruppen zusammenschlossen, ein, dass sie dabei sind, gleichsam »die Machtfrage« (auch innerhalb der Linken) zu stellen. Dies war in der Regel mit einem beträchtlichen Verfall ihrer intellektuellen Kapazitäten verbunden – vor allem in der Polemik mit den Reformisten und den »Verrätern« in den Reihen der Linken (»alle anderen«). Mich hat beim Frankfurter Angela-Davis-Kongress im Jahre 1972 (der in einer extrem angespannten politischen Situation – Verhaftung von Baader, Meinhoff u.a. – stattfand) sehr beeindruckt, wie Herbert Marcuse (mit dem ich mich selbst kritisch im Podium auseinandersetzte) auf die Angriffe junger Maoisten gegen ihn reagierte: »Ich bin auch hier in Frankfurt wieder erschrocken, bis zu welchem Grad Begriffe der Marxschen Theorie zu Klischees herabgewürdigt werden... Wenn ich etwas widerwärtig finde, dann ist es der Anti-Intellektualismus der Linken. Widerwärtig und schamlos, besonders wenn man daran denkt, dass alle Führer der Arbeiterbewegung Intellektuelle waren und stolz darauf gewesen sind, Intellektuelle gewesen zu sein« (Am Beispiel Angela Davis, Frankfurt/Main 1971, S. 148).

Wenn ich heute rückblickend bilanziere, dann würde ich die Elemente der biographisch-politischen Kontinuität in den Vordergrund stellen wollen. Ich bin heute Mitherausgeber dieser Zeitschrift mit dem ziemlich eindeutigen Namen »Sozialismus« sowie Mitglied im Redaktionsbeirat von »Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung«. Ich halte es für notwendig, Positionen einer kritischen – am Marxismus, allgemeiner an einer kritischen Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung orientierten – Sozial- und Politikwissenschaft auch für die Zukunft an den Universitäten zu erhalten, wohl wissend, dass solche Positionen heute weitgehend marginalisiert sind.

Mein Verständnis von Marxismus – und vor allem von einer material-

stischen Politikwissenschaft – hat sich selbstverständlich weiterentwickelt und verändert. Im Unterschied zu den späten 60er und frühen 70er Jahren ziehe ich heute eine sehr viel deutlichere Grenze zwischen der professionellen, wissenschaftlichen Arbeit und politischem Engagement. Dabei bleibt für mich wichtig, dass der Intellektuelle immer auch an seiner praktischen Beziehung zu den Erfahrungen und Kämpfen der »Subalternen« gemessen werden muss; gleichzeitig muss er ein Bewusstsein davon bewahren, dass die Autonomie des kritischen Verstandes ein hohes Gut ist. Er muss im Hinblick auf die Praxis bescheidener sein, aber auch immer wieder diese Spannung austragen. Mein Marxismusverständnis hat sich – in aller Kürze – dahingehend entwickelt, dass ich heute deutlicher als früher das Kriterium der Offenheit für die Überprüfung eigener Thesen und Erkenntnis an der empirisch zu prüfenden geschichtlichen und gesellschaftlichen Realität geltend mache. Objektivität im Sinne der Offenheit für Selbstüberprüfung – das halte ich für ein wichtiges, methodologisches Kriterium. Selbstverständlich haben sich Marx und Engels und nach ihnen die so genannten »Marxisten« vielfach geirrt. Der Marxismus ist insofern als Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung sowie als Methodologie sozialwissenschaftlicher Forschung keineswegs gegen Irrtümer und Erkenntnisstrahlen immun – sein wissenschaftlicher Wert besteht gerade in der Fähigkeit, solche Irrtümer und Grenzen zu erkennen und zu korrigieren. Ich bemühe mich, Analysen des Kapitalismus stets auf dem Niveau des heutigen Erkenntnisstandes – nicht nur in der politischen Ökonomie – anzusetzen. Außerdem erkenne ich sehr viel deutlicher als früher die institutionelle, diskursive und praktische Eigenständigkeit des Politischen im Kontext einer materialistischen Gesellschafts- und Staatsanalyse an. Daraus ergibt sich auch eine Neubestimmung des Verhältnisses von Klassenstrukturen und Politik. Ich bin – gegenüber anderen Auffassungen und Erkenntnissen und Menschen – neugieriger geworden; ich verabscheue Denkverbote und parteiliche Rechthaberei ebenso wie den schamlosen Opportunismus so vieler ehemaliger 68er.

Skeptisch bin ich auch gegenüber dem geschichtsphilosophischen Optimismus des traditionellen Marxismus geworden. Dessen Funktion für die aufstrebende Arbeiterbewegung vor 1914 und danach für die junge Sowjetunion ist für den Historiker leicht zu erkennen. Wir haben freilich schon bei Wolfgang Abendroth – auf dem Felde der konkreten Erforschung der Realgeschichte der Arbeiterbewegung mit ihren Erfolgen und Niederlagen, Fehleinschätzungen und fraktionellen Auseinandersetzungen – gelernt, dass die Wahrheit nicht a priori vorgegeben ist, sondern konkret und widersprüchlich, aus der Analyse der Wirklichkeit selbst anzueignen ist. Daher

hatten wir stets ein gesundes Misstrauen gegenüber solchen marxistischen Philosophen, die mit dem Hinweis auf die »historische Mission des Proletariats« so genannte »Klassiker«zitate in quasi-religiöse Botschaften verwandelten und auf diese Weise den Nachweis führten, dass wir in der »Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« leben. Wenn ich von dieser Skepsis spreche, so impliziert dies nicht, dass ich z.B. die Evolutionskonzeption funktionaler Differenzierung oder die Modernisierungskonzepte von Max Weber bis Jürgen Habermas unkritisch akzeptiere; in meinen eigenen Arbeiten stelle ich eher die Kontinuitäts- und Kriseneinbrüche in der Entwicklung moderner, kapitalistischer Gesellschaften in den Mittelpunkt.